

An die Frau Bezirksvorsteher
des 18. Bezirks

Bezirksvertretungssitzung am 09.06.2016: **Anfrage**

Büro der Bezirksvorsteherin des 18. Bezirkes der Stadt Wien						
Gesch.-Zl.: BV 18-5450212/1/16						
.....fach - 6. Juni 2016Blg.						
Vorzahl:						
1	2	3	4	5	6	7
Entw.	FA	BA	BR	Klubs	BV	Abg.

03.06.2016

Laut Medienberichten trafen sich Vertreter der Bezirke und verschiedener anderer Organisationen am 19.05.2016 mit Frau Wirtschaftsstadtrat Renate Brauner im Rathaus zu einem Runden Tisch, um eine Lockerung der „Schanigärten-Regelung“ zu besprechen und einigte man sich dabei auf einige Eckpunkte.

Der unterfertigende Bezirksrat stellt gemäß § 23 der Geschäftsordnung der Wiener Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am 09.06.2016 folgende

ANFRAGE

an die Frau Bezirksvorsteher des 18. Bezirks:

1. Entspricht es den Tatsachen, dass Vertreter des 18. Bezirks zu einem runden Tisch mit Frau Wirtschaftsstadtrat Renate Brauner geladen wurden, um eine Lockerung der „Schanigärten-Regelung“ zu besprechen?
2. Falls Frage 1 bejaht wird:
Über welche konkreten Änderungen bzw Lockerungen der „Schanigärten-Regelung“ wurde gesprochen?
3. Falls Frage 1 bejaht wird:
Wer vertrat den 18. Bezirk?
4. Falls Frage 1 bejaht wird:
Welchen konkreten Standpunkt vertrat der Vertreter des 18. Bezirks?
5. Falls Frage 1 bejaht wird:
Stimmt es, dass man sich bereits auf bestimmte Eckpunkte einigte?

Zusatzfrage falls ja: Auf welche Eckpunkte einigte man sich?

6. Falls Frage 1 bejaht wird:
Warum wurde die Bezirksvertretung bislang nicht mit der gegenständlichen Thematik befasst?
7. In welcher Form wird die Bezirksvertretung bzw werden die Fraktionen der Bezirksvertretung die nicht der Bezirksvorsteherung angehören bei der Definierung des

Standpunktes des 18 Bezirks hinsichtlich der angedachten Änderung der „Schanigärten-Regelung“ beteiligt werden?

8. In welcher Form werden die Bewohner des 18 Bezirks und die (betroffenen) Gewerbetreibenden des 18 Bezirks bei der Definierung des Standpunktes des 18 Bezirks hinsichtlich der angedachten Änderung der „Schanigärten-Regelung“ beteiligt?

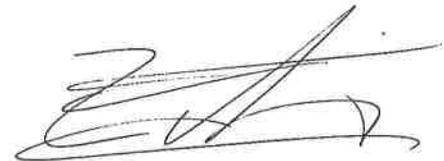
Begründung:

Eine Änderung der „Schanigärten-Regelung“ würde insbesondere

- Auswirkungen wirtschaftlicher Art auf die Unternehmer/Unternehmen des 18. Bezirks zeitigen, welche Schanigärten betreiben bzw betreiben wollen,
- Auswirkungen unmittelbarer verkehrstechnischer Natur haben und
- Auswirkungen auf die Nachbarn von Schanigärten zeitigen,

sodass per se jedenfalls von einem immanenten Interesse Währings an einer Änderung/Lockerung der „Schanigärten-Regelung“ auszugehen ist.

Bezirksrat



(Mag. Armin Zauner, M.B.L.-HSG)

Büro der Bezirksvorsteherin des 18. Bezirkes der Stadt Wien						
Gesch. Zl.: BV 18 <u>762662/1116</u>						
.....1.....fach 19. Sep. 2016Blg.						
Vorzahl:						
1	2	3	4	5	6	7
Entw.	FA	BA	BR	Klubs	BV	Ablg.

16.09.2016

An die Frau Bezirksvorsteher
des 18. Bezirks

Bezirksvertretungssitzung am 22.09.2016: **Anfrage**

Mit Geschäftsstück 18668/2/16 erfolgte im Finanzausschuss aufgrund Mehrheitsbeschlusses u.a. ohne Zustimmung der FPÖ die Genehmigung eines Zuschusskredites iHv EUR 350.000,- für das Vorhaben „Ausweitung Parkraumbewirtschaftung im 18. Bezirk“. In diesem Finanzausschuss begründeten die Vertreter der Grünen die Höhe dieses Zuschusskredites damit, dass EUR 300.000,- für Verkehrszeichen, EUR 20.000,- für Bodenmarkierungen und EUR 30.000,- für Sonstiges anfallen.

Im Zuge der nunmehrigen Einführung des Parkpickerls ist eine massive Werbekampagne mit dem Sujet „Währing atmet auf“ angelaufen. Diese Werbung erfolgte zumindest im Radio (Kronehit), in Printmedien, auf Foldern, im Internet sowie auf Straßenbahnen. Zumindest die Werbung auf den Straßenbahnen enthält übrigens keinerlei Informationsmehrwert.

Laut Impressum von Foldern gegenständlicher Kampagne scheint als Medieninhaber und Herausgeber neben der Stadt Wien die Bezirksvorsteherung Währing auf.

Der unterfertigende Bezirksrat stellt gemäß § 23 der Geschäftsordnung der Wiener Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am 22.09.2016 folgende

ANFRAGE

an die Frau Bezirksvorsteher des 18. Bezirks:

1. Wurde oder wird die Kampagne „Währing atmet auf“ aus Haushaltsmitteln des Bezirks (mit-) finanziert?
2. Falls Frage 1 bejaht wird:
In welchem konkreten Ausmaß wurden/werden Haushaltsmittel des Bezirks für die Kampagne „Währing atmet auf“ aufgewendet?

Zusatzfrage: Für welche konkreten Leistungen wurden diese Haushaltsmittel des Bezirks aufgewendet?

3. Falls Frage 1 bejaht wird:

Wieso erfolgte vorab keine (transparente) Information über diese Finanzierung aus Haushaltsmitteln des Bezirks?

4. Falls Frage 1 bejaht wird:
Wurde auch Werbung auf Straßenbahnen aus Haushaltsmitteln des Bezirks finanziert?
5. Falls Frage 4 bejaht wird:



Wie begründen Sie die Verfassungsmäßigkeit der Haushaltsmittelverwendung hinsichtlich dieser Werbung auf Straßenbahnen die keinerlei Informationsmehrwert beinhaltet?

6. Wurde/wird sonstige Werbung oder Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit der Einführung des Parkpickerls aus Haushaltsmitteln des Bezirks finanziert?
7. Falls Frage 6 bejaht wird: Um welche Werbemaßnahmen und welche Öffentlichkeitsarbeit handelt es sich?

Zusatzfrage: Wie hoch sind die vom Bezirk dafür aufgewendeten Haushaltsmittel?

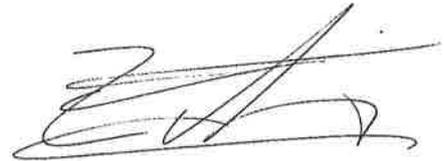
FPO

WÄHRING

Begründung:

Eine verfassungsgemäße und effiziente Haushaltsmittelverwendung ist rechtlich geboten und steht in einem immanenten Interesse Währings.

Bezirksrat



(Mag. Armin Zauner, M.B.L.-HSG)

Wien, am 16.09.2016

An die Frau Bezirksvorsteher des 18. Bezirkes
Martinstrasse 100, 1180 Wien
Bezirksvertretungssitzung am 22.09.2016

Büro der Bezirksvorsteherin des 18. Bezirkes der Stadt Wien						
Gesch.-Zl.: BV 18 - 7626P8/1/16						
.....-fach 19. Sep. 2016Blg.						
Vorzahl:						
1	2	3	4	5	6	7
Entw.	FA	BA	BR	Klubs	BV	Ablg.

Betrifft:

Im Grünen Konzept für Währing ist nachzulesen, dass insbesondere in der Währinger Straße breitere Gehsteige statt Parkplätze benötigt werden, um Platz zu schaffen fürs Zufußgehen, Einkaufen und Flanieren.

Ob und in welchem Umfang der Autoverkehr eingeschränkt wird, muss in einem breiten Dialog mit Bürgern, Experten und Geschäftsleuten beraten werden.

In unmittelbarer Vergangenheit wurde eine massive Gehsteigvorziehung in der Währinger Straße im Bereich der Fleischhauerei „Radatz“ und Passage Währinger Straße/Gentzgasse auf Kosten mehrerer Stellplätze errichtet.

Der unterfertigende Bezirksrat stellt gemäß § 23 der GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am 22.09.2016 folgende

ANFRAGE:

an die Frau Bezirksvorsteher des 18. Wiener Gemeindebezirkes :

1.: Sind in Zukunft weitere Gehsteigvorziehungen geplant und wo konkret sollen diese errichtet werden ?

2.: In welcher Größenordnung kann man zukünftige Stellplatzverluste beziffern ?

3.: Wie hoch sind die anfallenden Kosten der bereits angesprochenen Gehsteigvorziehung in der Währinger Straße und der weiteren geplanten Gehsteigvorziehungen ?

4.: Wurde seitens der Bezirksvorstehung ein Dialog mit Geschäftsleuten, Bürgern, und Experten betreffend Gehsteigvorziehungen durchgeführt ?

5.: Wenn ja, wann haben die angekündigten Dialoggespräche stattgefunden, wer hat an den Gesprächen teilgenommen bzw. mit welchem Ergebnis ?

6.: Wenn ja, gab es negative Stellungnahmen die sich gegen Gehsteigvorziehungen aussprachen bzw. wie wurden diese begründet ?

7.: Warum wurde die bereits errichtete Gehsteigvorziehung in der Währinger Straße nicht in der Mobilitätskommission oder der BEK erörtert ?

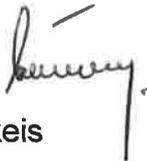
8.: Werden Sie zukünftig Gehsteigvorziehungen in den o.a. Kommissionen auf die Tagesordnung setzen lassen ?

Begründung:

Anfrage erfolgt im öffentlichen Interesse.

Bezirksrat

Georg Köckeis



An die
Bezirksvertretung für den XVIII. Bezirk
Martinstraße 100
1180 Wien

Wien, am 14. September 2016

Der unterfertigende Bezirksrat stellt gemäß § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen für die Sitzung der Bezirksvertretung Währing am 22. September 2016 folgende

ANFRAGE

an die Frau Bezirksvorsteher

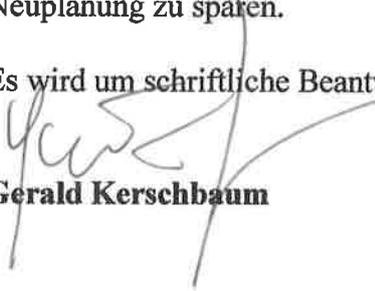
Derzeit entsteht in Währing eine Vielzahl von Fahrradabstellplätzen und sogenannten „Scooterabstellplätzen“.

1. An welchen Standorten sind Fahrradständer geplant oder bereits realisiert?
2. An welchen Standorten sind sog. Scooterabstellplätze geplant oder bereits realisiert?
3. Weshalb wurde die Mobilitätskommission in die Planung nicht eingebunden?
4. Wie viele Parkplätze werden für diese Maßnahme benötigt?
5. Wann werden die Baumaßnahmen abgeschlossen sein?
6. Welche Kosten fallen für diese Maßnahmen in Summe an?

BEGRÜNDUNG

Es ist ein altbewährtes Verfahren, wenn Mitglieder der Mobilitätskommission gemeinsam mit den Fachleuten und Fachabteilungen der Stadt Wien derartige Projekte beraten, um gegebenenfalls Fehlplanungen zu vermeiden und die Kosten für Nachbesserung und Neuplanung zu sparen.

Es wird um schriftliche Beantwortung gebeten


Gerald Kerschbaum

Büro der Bezirksvorsteherin des 18. Bezirkes der Stadt Wien						
Gesch.-Zl.: BV 18 - 762705/1/16						
.....fach 19. Sep. 2016Blg.						
Vorzahl:						
1	2	3	4	5	6	7
Entw.	FA	BA	BR	Klubs	BV	Ablg.

Wien, am 15.09.2016

An die Frau Bezirksvorsteher des 18. Bezirkes

Martinstraße 100, 1180 Wien

Bezirksvertretungssitzung am 22.09.2016

Büro der Bezirksvorsteherin des 18. Bezirkes der Stadt Wien						
Gesch.-Zl.: BV 18 - 762715/1/16						
.....fach 19. Sep. 2016Blg.						
Vorzahl:						
1	2	3	4	5	6	7
Entw.	FA	BA	BR	Klubs	BV	Abg.

Betrifft:

Ab August 2016 gibt es in acht Wiener Gemeindebezirken, u.a. auch in Währing, sogenannte „Grätzel-Polizisten“. Eine Art Kriminalprävention, ein Konzept mit Bürgerbeteiligung, vorab als Probetrieb.

Jeder Bezirksbewohner kann in der jeweiligen Polizeiinspektion nach „Grätzel-Polizisten“ nachfragen. Die Beamten sollen sich künftig mit jedem Problem besorgter Bürger auseinandersetzen.

Die zwei im 18. Bezirk extra freigespielten Polizeibeamten sollen als Kontakt zur Bezirksvorsteherung Brücken bauen und Problemlösungen erarbeiten.

Als Schnittstelle zwischen Exekutive und Bezirksbürgern dienen freiwillige, von der Polizei ausgesuchte sogenannte „Sicherheitsbürger“, die auch Informationen und Probleme zur Sicherheitslage an die Exekutive herantragen sollen.

Angekündigt sind auch „Sicherheitsstammtische“, bei denen sich Bewohner und „Grätzel-Polizisten“ vernetzen und über spezielle Sicherheitsthemen diskutieren sollen.

Die mediale Vorstellung dieses Projektes erfolgt dem Vernehmen nach am 27.09.2016 um 10:00 Uhr in den Räumlichkeiten der Bezirksvorsteherung Währing.

Der unterfertigende Bezirksrat stellt gemäß § 23 der GO der Wiener Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am 22.09.2016 folgende

A N F R A G E :

an die Frau Bezirksvorsteher des 18. Wiener Gemeindebezirkes:

- 1.: Sind Bezirksräte aller Fraktionen zur medialen Vorstellung des Projektes „Community-Polizei“ am 27.09. im Amtshaus Währing eingeladen ?
- 2.: Gibt es in Zukunft Gremien mit Vertretern aller Fraktionen als Bindeglied zu den zwei „Grätzel-Polizisten“ und Sicherheitsbürgern ?
- 3.: Wird es zeitnah einen Sicherheitsgipfel oder „Runden Tisch“ im Bezirk mit Vertretern der Exekutive, Bezirksbürgern, Wirtschaftstreibenden, Wirtschaftskammer und Bezirkspolitikern zum Informationsaustausch geben ?
- 4.: Gibt es bereits ein Konzept betreffend Erfahrungsaustausch „Grätzel-Polizei“ und der Bezirksvertretung ?
- 5.: Wie wird die Zusammenarbeit (Beziehungsarbeit) von „Grätzel-Polizei“ mit Sozialämtern, Jugendzentren (Molly`s), Vereinen (Kleingarten, Schrebergarten) und der Bezirksvertretung koordiniert ?
- 6.: Werden Sie sich grundsätzlich für eine Aufstockung von Polizei-Planposten im Bezirk einsetzen ?

Begründung:

Anfrage erfolgt im öffentlichen Interesse

Bezirksrat: Georg Köckeis



An die
 Bezirksvertretung für den XVIII. Bezirk
 Martinstraße 100
 1180 Wien

Wien, am 14. September 2016

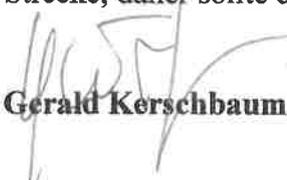
Gemäß § 24 der „Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen“ stellt der unterfertigte Bezirksrat für die Sitzung der Bezirksvertretung Währing am 22. September 2016 folgenden

ANTRAG

Frau Stadtrat Mag. Uli Sima, Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke, wird ersucht, mit den Wiener Linien in Verhandlung zu treten, um den Fahrplan der Linien 40 und 41 dergestalt anzupassen damit in der Praxis und grundsätzlich zwischen zwei Niederflurgarnituren maximal 10 Minuten Intervall liegen.

Begründung

Tatsächlich kommt es derzeit zu Intervallen von bis zu 20 Minuten - und auch länger - zwischen zwei Niederflurgarnituren. Die Linien 40 und 41 verkehren zwischen Schottentor und Gersthof auf selber Strecke, daher sollte die beantragte Maßnahme zumindest für diesen Abschnitt einfach realisierbar sein.


 Gerald Kerschbaum

Büro der Bezirksvorsteherin des 18. Bezirkes der Stadt Wien						
Gesch.-Zl.: BV 18 - 7 61 76 8/116						
.....fach 19. Sep. 2016Blg.						
Vorzahl:						
1	2	3	4	5	6	7
Entw.	FA	BA	BR	Klubs	BV	Ablg.

Antrag.....vom.....

ABSTIMMUNGSVERHÄLTNIS:

MIT OBENANGEFÜHRTER ANTRAGSTEXTÄNDERUNG
 MIT STIMMENMEHRHEIT ABGELEHNT
 EINSTIMMIG / MIT STIMMENMEHRHEIT
 ANGENOMMEN / ZUGEWIESEN AN

GRÜNE	ÖVP	SPÖ	FPO	NEOS
.....

BEURKUNDUNG:

.....
 BEZIRKSVORSTEHERIN

An die
 Bezirksvertretung für den XVIII. Bezirk
 Martinstraße 100
 1180 Wien

Wien, 16. September 2016

Gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen stellt die unterfertigte Bezirksrätin für die Sitzung der Bezirksvertretung Währing am 22. September 2016 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden ersucht, zu überprüfen, ob die Pflanzung eines Baumes an einer dafür geeigneten Stelle bei der Straßenbahnhaltestelle Gersthofer Straße/Scheibenbergstraße in Richtung Pötzleinsdorf möglich ist.

Begründung

Durch die weitläufige Betonfläche im Bereich des Wartehäuschens wird die Wartezone im Sommer stark erhitzt – das Wartehäuschen bietet keinen ausreichenden Schutz vor der Sonne. Ein Baum würde zukünftig nicht nur Schatten spenden, sondern auch – ohne Parkplatzverlust – das optische Gesamtbild wesentlich verbessern.

BezR. Karina Kohlhofer, Bakk.phil.

Büro der Bezirksvorsteherin des 18. Bezirkes der Stadt Wien						
Gesch.-Zl.: BV 18 - 761836/1116						
.../...-fach 19. Sep. 2016Blg.						
Vorzahl:						
1	2	3	4	5	6	7
Entw.	FA	BA	BR	Klubs	BV	Ablg.

Antrag.....vom.....

ABSTIMMUNGSVERHÄLTNIS:

MIT OBENANGEFÜHRTER ANTRAGSTEXTÄNDERUNG
 MIT STIMMENMEHRHEIT ABGELEHNT
 EINSTIMMIG / MIT STIMMENMEHRHEIT
 ANGENOMMEN / ZUGEWIESEN AN

GRÜNE	ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS
.....

BEURKUNDUNG:

.....
 BEZIRKSVORSTEHERIN



An die
 Bezirksvertretung für den XVIII. Bezirk
 Martinstraße 100
 1180 Wien

Wien, am 14. September 2016

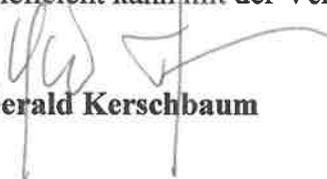
Gemäß § 24 der „Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen“ stellt der unterfertigte Bezirksrat für die Sitzung der Bezirksvertretung Währing am 22. September 2016 folgenden

ANTRAG

Die MA 46 ^{/MA 33 werden} wird ersucht, die Lichtsignalanlage an der Kreuzung Gersthofer Straße / Erndtgasse auf die Verbesserung der Eindeutigkeit des Signals überprüfen.

Begründung

Beim Abbiegen aus der Erndtgasse stadteinwärts in die Gersthofer Straße irritiert die auf Rot stehende Ampel an der südöstlichen Ecke augenscheinlich viele Verkehrsteilnehmer.
 Vielleicht kann mit der Verlängerung der Blenden eine einfache Lösung rasch realisiert werden.


Gerald Kerschbaum

Büro der Bezirksvorsteherin des 18. Bezirkes der Stadt Wien						
Gesch.-Zl.: BV 18 - 761895/1116						
.....fach 19. Sep. 2016Blg.						
Vorzahl:						
1	2	3	4	5	6	7
Entw.	FA	BA	BR	Klubs	BV	Ablg.

Antrag.....vom.....

ABSTIMMUNGSVERHÄLTNIS:

MIT OBENANGEFÜHRTER ANTRAGSTEXTÄNDERUNG
 MIT STIMMENMEHRHEIT ABGELEHNT
 EINSTIMMIG / MIT STIMMENMEHRHEIT
 ANGENOMMEN / ZUGEWIESEN AN

GRÜNE	ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS
.....

BEURKUNDUNG:

.....
 BEZIRKSVORSTEHERIN

